



Ausgabe Nr. 9
Mai 2011



Redaktion:
Arno Ulrichs &
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswolde, arno.ulrichs@ewetel.net

Der Mai ist gekommen ...



Komm, lie-ber Mai und ma - che die Bäu-me wie-der grün,



und lass mir an dem Ba - che die klei-nen Veil-chen blüh'n!

„Komm, lieber Mai, und mache die Bäume wieder grün ...“, so heißt es im Volkslied. Doch der Frühling hat in diesem Jahr bereits vor dem Mai zu einem Ergrünen der politischen Landschaft gesorgt.

Scheinbar unaufhaltsam ist der Aufstieg der Grünen nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Noch nie sind politische Stimmungen so schnell und so massiv in Stimmen umgemünzt worden. Die politische Landschaft ist mächtig in Bewegung gekommen.

Der Mai ist in Niedersachsen mit Blick auf die Kommunalwahl im September der Monat, wo in vielen Orten die Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinde- und Stadträte bestimmt werden. Eine entscheidende Phase der Wahlvorbereitung: Es kommt jetzt für die Wählergemeinschaften darauf an, attraktive Listen mit starken Kandidaten zusammen zustellen. Kandidaten mit inhaltlichen Kompetenzen, mit Engagement und Ansehen in ihrem Umfeld.

Denn Kommunalwahlen sind immer noch in erster Linie Persönlichkeitswahlen. Wer jetzt auf seiner Liste starke Kandidaten sammelt, macht sich damit auch unabhängig von den Stimmungsschwankungen in der „großen Politik“. Denn wer weiß schon, welche Themen im September medial im Vordergrund stehen? Ist es dann noch der Atomausstieg? Oder rückt dann die massive Staatsverschuldung in den Vordergrund? Oder der Euro?

Fazit: Wer jetzt vor Ort für eine gute Saat (Liste) sorgt, kann im Herbst reichlich ernten.

Listenaufstellung



Die formal richtige Aufstellung der Listen

Die formal richtige Aufstellung der Kommunalwahllisten erfolgt auf Basis von § 24 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes. Hier die Bestimmung im Wortlaut:

Bestimmung der Bewerberinnen und Bewerber

(1) 1 Die Bewerberinnen und Bewerber auf Wahlvorschlägen von Parteien und ihre Reihenfolge müssen von den im Zeitpunkt ihres Zusammentretens wahlberechtigten Mitgliedern der Partei in geheimer Abstimmung bestimmt worden sein.

2 Dies kann auch durch Delegierte geschehen, die von den Mitgliedern (Satz 1) aus ihrer Mitte in geheimer Wahl hierzu besonders gewählt worden sind.

3 Bestehen im Wahlgebiet mehrere Wahlbereiche, so sind die Bewerberinnen und Bewerber und ihre Reihenfolge für alle Wahlvorschläge der Partei in einer für das Wahlgebiet einheitlichen Versammlung der Mitglieder oder ihrer Delegierten zu bestimmen.

4 Die Parteimitglieder oder deren Delegierte, die die Bewerberinnen und Bewerber für die Kreis- oder Regionswahl bestimmen, können auch die Bewerberinnen und Bewerber und ihre Reihenfolge für die Gemeindewahl in einer kreis- oder regionsangehörigen Gemeinde bestimmen, sofern in dieser Gemeinde keine Parteiorganisation vorhanden ist.

5 Die Versammlung der Delegierten nach Satz 2 kann diese Aufgabe für einzelne Gemeinden einer aus ihrer Mitte gebildeten Teilversammlung übertragen, die aus mindestens drei Mitgliedern bestehen muss.

6 Die Sätze 4 und 5 gelten für Samtgemeindewahlen entsprechend.

7 Die Abstimmung nach Satz 1 darf frühestens drei Jahre und acht Monate, die Wahl für die Delegiertenversammlung frühestens drei Jahre und vier Monate nach Beginn der allgemeinen Wahlperiode der Vertretungen stattfinden.

8 In den Fällen des § 43 a darf die Abstimmung nach Satz 1 und die Wahl für die Delegiertenversammlung für die erstmalige Wahl zum Samtgemeinderat frühestens zehn Monate vor dem Beginn der nachfolgenden allgemeinen Wahlperiode stattfinden.

(2) Für die Bestimmung der Bewerberinnen und Bewerber auf Wahlvorschlägen von Wählergruppen durch deren wahlberechtigte Anhängerschaft gilt Absatz 1 Sätze 1 bis 3, 7 und 8 entsprechend.

(3) 1 Eine Abschrift der Niederschrift über die Bestimmung der Bewerberinnen und Bewerber mit Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, die Form der Einladung und die Zahl der teilnehmenden Personen ist mit dem Wahlvorschlag einzureichen. 2 Hierbei haben die Leiterin oder der Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte teilnehmende Personen gegenüber der Wahlleitung eidesstattlich zu versichern, dass die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber und die Festlegung ihrer Reihenfolge geheim erfolgt ist.

Die so gewählten Listen sind dann Grundlage für die bei der Wahlleitung einzureichenden Wahlvorschläge. Was hierbei formal zu beachten ist, ist in § 32 der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung geregelt. Alle formalen Hinweise sind im Internet unter

http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de/live.phpnavigation_id=6744&article_id=74885&psmand=21

nachzulesen. Auskünfte erteilen auch gerne die örtlichen Wahlleitungen.

Rathaus- chefs oft parteilos

Frankfurt. In Hessen leiten immer mehr unabhängige Kommunalpolitiker die Geschicke der Gemeinden. Bei den Wahlen am 27. März setzten sich erneut zahlreiche parteilose Kandidaten durch, in vielen Kommunen verteidigten die Unabhängigen auch ihre Posten - oft ohne bei der Wahl auf einen Gegenkandidaten zu treffen. Auch die SPD stellt künftig zahlreiche weitere Rathauschefs, während die CDU in vielen Regionen als Verlierer aus den direkten Wahlen hervorging. Unter anderem in Schauenburg und Bad Nauheim mußten sich die Amtsinhaber in einer Stichwahl erneut einem Herausforderer stellen.

Baufträge gegen Schmiergeld und Luxusauto?

Nach umfangreichen Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft Braunschweig jetzt Anklage gegen zwei Mitarbeiter der Autobahnmeisterei und einen Unternehmer erhoben. Die Beamten sollen den Geschäftsmann aus der Wedemark (Niedersachsen) jahrelang bei Aufträgen bevorzugt haben.

Im Gegenzug sollen sie unter anderem Schmiergelder und ein Luxusauto erhalten haben. Die Staatsanwaltschaft schätzt den entstandenen Schaden auf über eine Million Euro. In der 180 Seiten starken Anklageschrift ist detailliert aufgelistet, welche Sach- und Geldleistungen der 64-jährige ehemalige Leiter der Autobahnmeisterei und sein 35-jähriger Mitarbeiter seit 2004 erhalten haben sollen.

Dabei handelt es sich um ein Luxusauto der Marke Jaguar, teure Luxusreisen, Renovierungen von Ferienhäusern sowie monatliche Geldbeträge. Als Gegenleistung vergaben die beiden nach Angaben der Staatsanwaltschaft lukrative Aufträge an den 61-jährigen Unternehmer. Förmliche Vergabeverfahren und Ausschreibungen gab es dabei nie. Bei einer internen Revision der Braunschweiger Behörde war der Skandal im vergangenen September aufgedeckt worden. Seitdem sitzt der frühere Chef der Autobahnmeisterei im Gefängnis. Nach Geständnissen waren sein Mitarbeiter und der Unternehmer freigelassen worden. Der Geschäftsmann soll ausgesagt haben, dass Dutzende weitere Baugesellschaften in den Skandal verwickelt seien. Der Prozess vor dem Landgericht beginnt am 6. Juni. Dem ehemaligen Chef der Autobahnmeisterei drohen bis zu fünf Jahre Haft.

(NDR, 14.04.2011)

Ronnenberg: FREIE WÄHLER benennen Kandidaten zur Kommunalwahl - Zielmarke ist der Fraktionsstatus im Rat der Stadt

Bei gewohnt guter Laune und viel Zuversicht für ein gutes Abschneiden bei den bevorstehenden Kommunalwahlen wurden im Rahmen einer Mitgliederversammlung der „Freie Wähler Ronnenberg“ im Hotel Öhlers die Kandidaten für ein Ratsmandat der Stadt Ronnenberg bzw. für ein Mandat im Regionsparlament im Wahlbereich 14 (Ronnenberg, Wennigsen, Hemmingen und Springe) gewählt.

Als Kandidaten für den Wahlbereich 1: Ronnenberg setzte sich Lutz Hillienhoff auf dem Listenplatz 1 vor Christa Sennholz (2) und Heiner Bock (3) durch.

Im Wahlbereich 2: Empelde votierten die Mitglieder auf dem Listenplatz 1 für Torsten Jung vor Michael Sennholz (2), Uwe-Rüdiger Prehn (3) und Bernd Doerrie auf Listenplatz 4.

Für den Ortsrat in Benthe kandidieren Michael Fröstl und Bernd Doerrie.

Ratsherr Torsten Jung, zugleich auch stv. Vorsitzender im Landesverband der „FREIEN WÄHLER Niedersachsen“ wurde einstimmig als Kandidat für ein Mandat im Regionsparlament der Region Hannover berufen. Das Wahlkampf motto der „FREIEN WÄHLER“ ist darauf angelegt, kommunale Entscheidungsprozesse künftig verstärkt am Bürgerwillen zu orientieren und frei von Dogmen und Fraktionszwängen die politischen Forderungen der Menschen in unserer Stadt in den Fokus ihres politischen Handelns zu rücken. Mit ihrem Slogan „**Bürgerwille statt Parteienbrille**“

sichern sie den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Stadt „frischen Wind“ und „Politik zum Anfassen“ zu!! Wer mitmachen will ist in ihren Reihen jederzeit herzlich willkommen. Ob alt oder jung, egal welchen Geschlechts oder welcher Herkunft, wichtig ist nur: Linke und rechte radikale Tendenzen sind ein absolutes Tabu! FREIEN WÄHLER sind lupenreine Demokraten aus der Mitte unserer Gesellschaft. Engagierte Nachbarn von „nebenan“!



Transparenz bei kommunalen Unternehmen gefordert

Transparency International (TI) appelliert an die kommunalen Unternehmen der Stadt Potsdam (seit zwei Jahren TI-Mitglied), die Öffentlichkeit mehr als bisher über ihr Geschäftsgebaren zu informieren. „Wir halten es für erstrebenswert, dass sich auch die städtischen Firmen Regelungen für mehr Transparenz geben“, sagte Ulrike Löhr, die die bei TI organisierten Kommunen betreut der PNN (Potsdamer Neueste Nachrichten). Es gehe dabei nicht um eine „Eins-zu-Eins-Übernahme“ der Regeln, die sich die Stadt nach ihrem Beitritt zu TI gegeben habe – das sei schon wegen des Geschäftsgeheimnisses in der freien Wirtschaft nicht möglich. Doch gebe es viele Möglichkeiten zu mehr Offenheit, sagte Löhr weiter. Das Thema Transparenz bei kommunalen Unternehmen, zu dem etwa die Stadtwerke, die Bauholding Pro Potsdam oder das Klinikum „Ernst von Bergmann“ gehören, beschäftigt auch die Stadtverordneten im Hauptausschuss.

Anlass ist ein aktueller Bericht der Stadtverwaltung zur möglichen Sponsoringberichterstattung für städtische Unternehmen. Darin wird empfohlen, auf die Offenlegung dieser Unternehmensdetails „zunächst zu verzichten“ – wegen der Bedenken der kommunalen Firmen, die unter ande-

rem auf die mögliche Verletzung von Geschäftsgeheimnissen verweisen. Diese Ablehnung von Sponsoringberichten hat in der Stadtpolitik zu Kritik geführt. Schon in der Vergangenheit hatten sich die städtischen Firmenchefs etwa auch mit der Forderung aus der Stadtpolitik schwer getan, ihre Chefgehälter zu veröffentlichen – das ist bisher nicht geschehen. Dazu sagte Löhr, so eine Regelung zur Offenlegung sei in Nordrhein-Westfalen bereits vor einem Jahr durchgesetzt worden – trotz des Widerstands der Unternehmenslenker.

Auch in Berlin müssen die Chefgehälter veröffentlicht werden. Dennoch bescheinigte Löhr der Stadt Potsdam, sich um Transparenz zu bemühen. „Gut gefallen“ habe ihr das Bemühen der Stadtverordneten um Regeln für mehr Offenheit auch in der Stadtpolitik – das sei nicht selbstverständlich. Die Stadtverwaltung habe eine Ombudsstelle gegen Korruption eingerichtet und Dienstanweisungen gegen Bestechlichkeit erlassen, so Löhr: „Mit Potsdam bin ich zufrieden.“ Noch „keine große Rolle“ in den Gesprächen mit der Stadt, so die TI-Beauftragte, habe das von der Stadtverwaltung mehrfach verwehrte Akteneinsichtsrecht für Stadtverordnete gespielt.

(PNN, 13.04.2011)



Transparency International Deutschland e.V. (kurz: "Transparency Deutschland") arbeitet gemeinnützig und ist politisch unabhängig. Transparency Deutschlands Grundprinzipien sind Integrität, Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation der Zivilgesellschaft.

Transparency Deutschland definiert Korruption als Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Eine effektive und nachhaltige Bekämpfung und Eindämmung der Korruption ist nur möglich, wenn Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und Koalitionen bilden. Ziel ist es, das öffentliche Bewusstsein über die schädlichen Folgen der Korruption zu schärfen und nationale und internationale Integritätssysteme zu stärken. Für mehr Informationen: www.transparency.de

Projekt Bürgerarbeit floppt in den Kommunen

Langzeitarbeitslose sollten als Gärtner, Vorleser oder Straßenfeger den Weg in den Job finden - doch das Projekt Bürgerarbeit ist bisher gefloppt: Laut einem Zeitungsbericht verzichten Kommunen wegen finanzieller Bedenken auf die 900-Euro-Jobber. Nun soll es einen Ausweg über Leiharbeit geben. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen nennt die Bürgerarbeit die "konsequenteste Form des Förderns und Forderns". Der Haken an der Sache: Wo niemand ist, kann weder gefordert noch gefördert werden. Und genau das Problem stellt sich derzeit dem Projekt Bürgerarbeit. Nach Angaben der "Süddeutschen Zeitung" ist die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in staatlich geförderte Jobs bislang ein riesen-großer Flop.

Seit Anfang des Jahres läuft das auf drei Jahre ausgelegte Programm. 34.000 Hartz-IV-Empfänger sollten vermittelt werden. Bis Ende März waren aber erst 1386 Bürgerarbeiter im Einsatz, schreibt die Zeitung unter Berufung auf die Bundesagentur für Arbeit. Diese Zahl sei "ausgesprochen gering", heißt es beim Deutschen Landkreistag. Eine Sprecherin des Arbeitsministeriums sagte dagegen, die 34.000 Stellen seien keine verbindliche Zielmarke. Es sei vielmehr entscheidend, schon vorher möglichst viele Langzeitarbeitslose zu vermitteln.

Bürgerarbeiter lesen zum Beispiel alten Menschen in Heimen vor, begleiten Behinderte oder reinigen Parkanlagen. Dafür erhalten sie für maximal drei Jahre 900 Euro brutto pro Monat bei 30 Wochenstunden. 1,3 Milliarden Euro sind aus dem Bundesetat und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für das Programm vorgesehen. "Erhebliche Rechtsunsicherheit" Hauptgrund für das bislang flauere Interesse ist nach Zeitungsangaben ein Streit über die Bezahlung der Bürgerarbeiter. Im Herbst 2010 erklärte die Bundesregierung auf Druck der kommunalen Arbeitgeberverbände, dass Bürgerarbeiter nicht nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes zu bezahlen sind. Dies sieht die Gewerkschaft Verdi aber ganz anders. Das Arbeitsministerium spricht deshalb in einem Brief vom 6. April 2011 von "einer erheblichen Rechtsunsicherheit", wegen der sich Kommunen und Kreise bei der Einrichtung von Bürgerarbeitsplätzen zurückhielten. Bei den kommunalen Spitzenverbänden heißt es, die Kommunen müssten pro Bürgerarbeiter 200 bis 300 Euro monatlich aus den eigenen Kassen nehmen, wenn die Tarifbindung doch gelten sollte. Dieses finanzielle Risiko sei ihnen zu hoch. Inzwischen hat das Bundesarbeitsministerium einen Ausweg gefunden. Die Kommunen dürfen Bürgerarbeiter nun von Beschäftigungsgesellschaften ausleihen. Für Leiharbeiter gilt der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes nicht.

(Spiegel-Online, 14.04.2011)

NGO-Papst Thiele zum neuen Kommunalverfassungsgesetz

Beim Verlag W. Kohlhammer – Deutscher Gemeindeverlag erscheint in Kürze ein weiterer Kommentar zum neuen Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz, das ab November 2011 und damit für die neue Wahlperiode in den Kommunen gilt. Verfasser ist der frühere Leiter der Kommunalabteilung im niedersächsischen Innenministerium und renommierte Kommunalverfassungsrechtler Robert Thiele, der schon durch Kommentare zur Niedersächsischen Gemeindeordnung bekannt wurde. Der Verlag kündigt Thieles Buch als „Premiumkommentar“ an, der dem Ziel verpflichtet sei, auch für das neue Recht aktuelle und praxisbezogene Hilfestellung zu leisten.

Gemeindebund kämpft für Ärzteversorgung auf dem Land

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) hat eine zügige Sicherstellung der medizinischen Versorgung des ländlichen Raums gefordert. Auf einer Bürgermeisterkonferenz des kommunalen Spitzenverbandes forderte Präsident Rainer Timmermann jetzt in Anwesenheit von Ministerpräsident David McAllister eine enge Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen, um dem drohenden Ärztemangel auf dem Land entgegenzuwirken.

Offenbar hätten der Bundesgesundheitsminister und die Länder die Alarmglocken des NSGB gehört und sich auf ein umfangreiches Reformpaket geeinigt. Timmermann forderte den Ministerpräsidenten auf, sich für die zügige Umsetzung dieses Reformpakets einzusetzen.

Der NSGB-Präsident hält auch eine Trägerschaft von medizinischen Versorgungszentren durch die Kommunen für möglich, wenn die Kassenärztliche Vereinigung die Gründungs- und Anlaufkosten tragen würde. Der NSGB befürchtet eine Fortsetzung des Trends, dass Landarztpraxen nach dem altersbedingten Ausscheiden der Inhaber unbesetzt bleiben, weil die Praxen in Großstädten als lukrativer gelten. Wenn jetzt nichts getan werde, stünden bald viele Orte ohne Mediziner da, und die Bürger müssten weite Wege in Kauf nehmen, um einen Arzt zu finden.

VKU: Ausstieg bis 2020

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) tritt für den Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens 2020 ein und plädiert für Erdgas als Brückentechnologie. Außerdem fordert der VKU ein Kraftwerkserneuerungsprogramm oder Investitionsanreize für den schnellstmöglichen Energienetzaus- und umbau.

Nach Meinung des VKU ist ein solcher Schritt unentbehrlich, um das Energiesystem dezentraler zu strukturieren. Jetzt bestehe die Chance, entscheidende Fehler des Energiekonzepts zu beheben. Außerdem sei ein Vorzeichenwechsel für ein nachhaltiges, modernes und zukunftsgerichtetes Energiesystem zwingend notwendig, findet der VKU. Kritisch wird angemerkt, dass die wettbewerblichen Auswirkungen der ursprünglichen Laufzeitverlängerung von der Bundesregierung ausgeblendet worden seien. Das Energiekonzept in seiner bisherigen Form habe allein das Oligopol der Konzerne auf Dauer gefestigt. Tatsächlich aber führe nur ein funktionsfähiger Wettbewerb dauerhaft zu mehr Effizienz und einer Energieversorgung, die ihren Preis wert sei. Jetzt sei ein Energiekonzept notwendig, das eine breite gesellschaftliche Akzeptanz finde.

Aus Sicht der im VKU zusammengeschlossenen deutschen Stadtwerke kann der Umbau des Energiesystems nur dann funktionieren, wenn eine umfassende Modernisierung des dezentral geprägten Kraftwerksparks vorgenommen wird mit einem Investitionsprogramm für den Neubau flexibler, hocheffizienter und CO₂-armer Kraftwerke, ein Aus- und Umbau der Netzinfrastrukturen für den dezentralen Kraftwerkspark erfolgt und der Energie- und Klimafonds aufgestockt wird, um klimapolitisch und volkswirtschaftlich sinnvolle Energieeffizienzmaßnahmen zu unterstützen.

Kommunen schlagen Anti-Atom-Kurs ein

Die großen Energieversorger in Deutschland geben sich in der Energiedebatte zögerlich. Dabei ist die Atomwende bereits voll im Gange. Vor allem die Kommunen setzen jetzt darauf, dass auch die Atomlobby umdenkt. Die Städte und Gemeinden in Deutschland haben die Atomkonzerne aufgefordert, den neuen energiepolitischen Kurs der Bundesregierung stärker zu unterstützen.

"Für die Energiewende brauchen wir alle Marktteilnehmer auch die großen Energieerzeuger, ihr Know-how und das wirtschaftliche Potential", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. "Schon jetzt investieren diese Unternehmen auch in alternative Energien und arbeiten teilweise mit den Stadtwerken zusammen." Landsberg ist Mitglied in einem der RWE-Regionalbeiräte. Landsberg unterstrich seine Mahnung an die Energiekonzerne mit dem Hinweis, dass die Atomenergie ein Auslaufmodell sei, das in Deutschland keine politische Zukunft mehr habe. "Dezentrale, alternative Energieerzeugung wird an Bedeutung gewinnen und damit insbesondere die Kommunen und ihre Stadtwerke", sagte er. Sie produzierten zurzeit schon etwa 10 Prozent der Energie und könnten ihr Potential bei entsprechenden Rahmenbedingungen verdoppeln. Gleichwohl gab Landsberg zu bedenken, dass eine schnelle Energiewende Illusion ist. "Der Umstieg geht nicht über Nacht und es gibt ihn nicht zum Nulltarif, das sollte die Politik ehrlich sagen", sagte er. "Wir brauchen Zeit, Geld, tausende Kilometer Leitungen, Speicherkapazitäten, schnellere Planungsverfahren und staatliche Programme zur energetischen Gebäudesanierung."

Dafür müsse die Politik möglichst im Konsens neue Rahmenbedingungen schaffen, die auch langfristig Bestand haben. Durch Aufklärung und Information müsse zudem sichergestellt werden, „dass die Bürger nicht auch die notwendigen Stromtrassen, Speicher und Windanlagen ablehnen, denn dann wird die Energiewende scheitern“. Insbesondere seien die Energieeinsparpotentiale bei weitem nicht ausgeschöpft.

„Allein der Energieverbrauch der 176.000 kommunalen Gebäude ließe sich um 40 Prozent reduzieren“, sagte Landsberg und fügte hinzu: „Die beste Energie ist die, die man einspart, denn die muss man gar nicht erst produzieren.“ Bauhandwerk und Hausbesitzer dürfen indessen auf weiter prall gefüllte Fördertöpfe zur energieeffizienten Sanierung von Gebäuden hoffen. Zwei Milliarden Euro seien dafür in einem Eckpunktepapier von Umwelt- und Wirtschaftsministerium veranschlagt, bestätigte Bauminister Peter Ramsauer.

Allerdings ist dieses jüngste Energiekonzept bislang nur eine Vorlage, die im Kabinett sowie mit den Bundesländern demnächst noch diskutiert wird. Nach bislang inoffiziellen Informationen aus Regierungskreisen wollen Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) sowie Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) ein Paket mit insgesamt bis zu vier Milliarden Euro schnüren, um die mittelfristig geplante Energiewende raus aus der Atomwirtschaft zu unterstützen.

Das Maßnahmenbündel muss allerdings auch noch mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) abgestimmt werden. Bislang seien für den Haushalt 2012 keine weiteren Mittel vorgesehen gewesen, sagte Ramsauer. Klarheit, mit wie viel Geld solche Energieprojekte im Bauhandwerk nun weiter gefördert werden, gebe es letztlich erst Anfang Juli. Bis dahin solle der Haushaltsentwurf für 2012 stehen.

Fortsetzung nächste Seite

FREIE WÄHLER in die Rathäuser!



Das bisherige Förderprogramm sei "ein Renner" gewesen, sagte der CSU-Politiker auf einer Veranstaltung. Seit Auflage im Jahr 2006 seien 7,4 Milliarden Euro ausgereicht worden. Die Fördermittel hätten wiederum 70 bis 80 Milliarden Euro Investitionen nach sich gezogen. Ramsauer setzt bei solchen Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden auf Freiwilligkeit. Ein Zwang zur Sanierung dürfe es nicht geben. Auch müssten solche Maßnahmen wirtschaftlich sein. Steuerliche Anreize seien wünschenswert. Aus dem bisherigen Programm stünden für 2011 noch rund 440 Millionen Euro Fördergelder zur Verfügung. Das Konzept der Regierung für eine grüne Energiewende sieht bislang vor, dass der Energie- und Klimafonds solche Gelder bereitstellt.

Dieser speist sich vor allem aus Beiträgen der Kraftwerksbetreiber sowie Erlösen aus dem Zertifikatehandel im Luftverkehr. Da die großen Energiekonzerne ihre direkten Zahlungen in den Fonds vorerst gestoppt haben, plädiert Ramsauer für die Fortsetzung des bisherigen Gebäudesanierungskonzeptes. RWE, Eon, EnBW und Vattenfall zahlen in Reaktion auf das Atom-Moratorium der Bundesregierung derzeit nur noch auf ein Sperrkonto ein. Mit dem Aussetzen der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sei die Grundlage für die vereinbarten Zahlungen entfallen, argumentieren die Energieversorger.

Handelsblatt, 14.04.2011



Baumschutz ja – aber ohne von oben verordnete Kosten

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände unterstützt Anträge der Grünen und von CDU/FDP im Landtag nach einem verstärkten Schutz von Straßenalleen und Baumreihen als Bestandteil von Naturräumen und der Kulturlandschaft. Die Straßensicherheit dürfe dabei allerdings nicht vernachlässigt werden, schreibt die Arbeitsgemeinschaft an die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses. Verpflichtende Anwendungen von Bundesrichtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme auch für den kommunalen Straßenbau werden jedoch abgelehnt. Zugleich wenden sich die Spitzenverbände dagegen, eine Förderung der Kommunen davon abhängig zu machen, dass diese die Bundesrichtlinien beachten. Unterstützt wird der im Antrag der Regierungsfractionen enthaltene Prüfauftrag, ob Ausnahmen von der Anwendung der Bundesrichtlinien gemacht werden können, ohne dass den Bauvorhabenträgern der Verlust der Fördermittel drohe.

Kommunen sollen soziale Badepreise bieten

Strücklingen - Sozial verträgliche Eintrittspreise für die Bäder in den Kommunen hat der Vorsitzende des DLRG Bezirkes Oldenburger Land-Diepholz, Carl-Ludwig Küther, gefordert. Niedrige Gebühren seien für die Benutzung der Bäder auch von sozial schwächer Gestellten und für die Nutzung der Bäder als Übungsstätten der Schwimmbildung nötig. Küther sprach auf der der Bezirksratstagung des DLRG Bezirkes Oldenburger Land-Diepholz im Strücklinger Hof in Strücklingen.

Der Gemeinde Saterland bescheinigte Küther der DLRG Ortsgruppe gute Rahmenbedingungen zu bieten und immer ein offenes Ohr für die Belange der DLRG zu haben, besonders wenn es um die Sicherheit der Badegäste gehe.

In einem Grußwort hob Bürgermeister Hubert Frye die Bedeutung der ehrenamtlichen Helfer der DLRG für die Sicherheit sowohl am Hollener See als auch im Freizeitbad hervor. Auf die Männer und Frauen der DLRG sei immer Verlass, so Frye.



Sozialausgaben der Kommunen auf Rekordhoch

Trotz Wirtschaftsaufschwung und steigender Steuereinnahmen bleibt die Finanzlage der Kommunen angespannt. Die Sozialausgaben sind so hoch wie nie. Vor allem die Kosten für die Grundsicherung im Alter steigen

Trotz Konjunkturaufschwung sind die Haushaltslöcher der Kommunen so groß wie seit dem Rezessionsjahr 2003 nicht mehr. Das Defizit der Städte und Gemeinden stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2010 auf 7,7 Milliarden Euro. Im Jahr davor waren es noch 7,2 Milliarden Euro. Besonders stark schlugen die Sozialausgaben zu Buche, die einen neuen Rekordwert von 42,1 Milliarden Euro erreichten.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth (CDU), bezeichnete die Lage als sehr ernst. Der wirtschaftliche Aufschwung habe zwar geholfen, "dass schlimmere Befürchtungen glücklicherweise nicht Realität geworden sind", sagte Roth. Viele Kommunen würden jedoch auch in diesem Jahr ihre Pflichtaufgaben nicht ohne neue Schulden erfüllen können. Deshalb müssten die Gemeinden vor allem bei den steigenden Sozialkosten spürbar durch den Bund entlastet werden.

Die Gemeinden klagen vor allem über steigende Sozialkosten. Im vorigen Jahr gaben sie dafür 42,1 Milliarden Euro aus, 4,5 Prozent mehr als 2009. Roth bezeichnete es als wichtig, dass Bundestag und Bundesrat vereinbart hätten, die Kommunen schrittweise um die steigenden Ausgaben der Grundsicherung im Alter zu entlasten und diese ab 2013 komplett zu übernehmen. "Damit wird die Finanznot der Städte nicht beseitigt, aber in Zukunft in jedem Fall verringert." Der kommunalpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Peter Götz, sagte, dies entlaste die Gemeinden bis 2015 um 12,2 Milliarden Euro.

Insgesamt stiegen die Einnahmen der Städte und Gemeinden 2010 um 2,6 Prozent auf 174,5 Milliarden Euro. Zugleich nahmen aber auch die Ausgaben um 2,8 Prozent auf 182,2 Milliarden Euro zu. Auf der Ausgabenseite war bei den Sachinvestitionen die Steigerung um 5,5 Prozent auf 23,1 Milliarden Euro am größten.

(DIE ZEIT vom 22.03.2011)



Einheitliche Behördennummer

115: Skepsis bei Kommunen

Eine zentrale Telefonnummer für alle Fragen – das soll die einheitliche Behördennummer 115 bieten. Nach einer zweijährigen Pilotphase ging das Projekt jetzt in den Regelbetrieb.

Bislang können rund 15,3 Millionen Bürger in sieben Bundesländern ihre Fragen unter der Nummer loswerden – egal, ob es um die Abmeldung eines Autos, einen neuen Personalausweis oder die Lohnsteuerkarte geht. Bis 2013 wird angestrebt, das Angebot auf ganz Deutschland auszuweiten, wie das Bundesinnenministerium mitteilte. Die Länder und Kommunen entscheiden aber selber, ob sie sich an dem Projekt beteiligen möchten – eine Verpflichtung gibt es nicht. Die Anrufe kosten den Bürger zwischen 7 und 29 Cent pro Minute. Mit dem Regelbetrieb sollen die Tarife aber sinken.

Nach den Worten des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), werden bislang 75 Prozent der Anrufe innerhalb von 30 Sekunden entgegenge-



IHRE BEHÖRDENUMMER

Wir lieben Fragen

nommen. 65 Prozent werden gleich beim ersten Anruf beantwortet. Ist der Service-Mitarbeiter aber ratlos, soll der Bürger innerhalb von 24 Stunden eine Antwort erhalten – per Fax, Mail oder Telefon.

Neben sieben Bundesländern beteiligen sich bislang rund 40 Kommunen und die Bundesverwaltung an dem Projekt – zum Beispiel mit den Bundesministerien und dem Statistischen Bundesamt.

Innen-Staatssekretär Schröder sagte, die Nummer 115 könne auch ein wichtiges Instrument sein, um Bürger bei Katastrophen zu informieren. Er verwies auf das Beispiel Schweinegrippe: „Wenn ich an die große Unsicherheit der Bevölkerung denke, die es gab im Zuge der notwendig gewordenen Impfungen, wäre es gut gewesen, wenn wir eine einheitliche 115 Service-Nummer bereits gehabt hätten“, sagte er. Die Finanzierung des Regelbetriebes teilen sich Bund und Länder – jährlich fallen Gesamtkosten in Höhe von rund 2 Millionen Euro an. Die Kosten für den Probetrieb – das waren insgesamt 8 Millionen Euro – trugen der Bund und das Land Hessen.

Wählt der Bürger 115, landet er immer im nächstgelegenen Service-Zentrum. Entscheidet sich eine Kommune, müsse sie für den Aufbau eines entsprechenden Zentrums sorgen. Nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes braucht es seine Zeit, bis sich die Kommunen mit dem Thema auseinandergesetzt haben. „Man kann auch zu dem Ergebnis kommen: Wir sehen darin keinen Mehrwert“, sagte ein Sprecher des Gemeindebundes mit Verweis darauf, dass viele Kommunen schon eigene Informationswege eingerichtet haben. Erreichbar ist die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr.

(Focus, 14.04.2011)

Düstere Aussichten!

Es ist Montag, der 3. Juni 2012; 5.00 Uhr morgens: Der Radiowecker reißt Günther S. (46) aus dem Schlaf. Der Oldie-Sender spielt Modern Talking.

Herr S. quält sich aus dem Bett. Gestern ist es etwas später geworden. Bei der Arbeit. Dienst am Pfingstsonntag - mal wieder. Früher konnte er danach wenigstens ausschlafen.

„Ja ja, der Pfingstmontag“, murmelt Herr S., „ist das wirklich schon sieben Jahre her?“

Es hat sich wirklich einiges getan seit damals. Nur nicht in seinem Haus. Als 2005 die Eigenheimzulage plötzlich doch gestrichen wurde, mussten sie eben Abstriche machen. Und inzwischen hat sich Familie S. daran gewöhnt: An die frei liegenden Leitungen, den Betonfußboden.

Gut, denkt Herr S., dass damals die Garage noch nicht fertig war. Denn der Wagen ist längst verkauft. Zu teuer, seit es keine Kilometerpauschale mehr gibt. Und mit Bus und Bahn dauert es in die City ja auch nur zwei Stunden.

Und was man dabei für nette Leute trifft. Zum Beispiel die Blondine, die Herrn S. immer so reizend anlächelt. Zurücklächeln mag er nicht. Wegen seiner Zähne. Aber was will man machen? 3000 Euro für zwei Kronen sind viel Geld. Und schon die Brille musste er selbst bezahlen. Hat dabei aber 15 Euro gespart. Weil er nicht gleich zum Augen-, sondern erst zum Hausarzt gegangen ist. Wegen der Überweisung.

Trotzdem: Der Urlaub fällt flach. "Das könnte Ärger geben zu Hause", stöhnt Herr S. vor sich hin. Traurig erinnert er sich an letzte Weihnachten. Als es nichts gab. 2009 wurde nämlich auch in der freien Wirtschaft das Weihnachtsgeld gestrichen. Im öffentlichen Dienst ist das ja schon länger her. „Und bis wann gab's eigentlich Urlaubsgeld?“, fragt sich Herr S. - er kommt nicht mehr drauf.

Damals hatte man jedenfalls noch genügend Urlaub, um das Urlaubsgeld auszugeben.

Heute sind's ja gerade mal 19 Tage im Jahr.

Pfingstmontag? 1. Mai? Fronleichnam? Geschichte. Das stand damals nicht auf der Agenda 2010 - so hieß sie doch, oder? Aber man soll nicht meckern. Die da oben, weiß Herr S., müssten noch viel mehr ackern.

Darum kann Günther S. mit der 45-Stunden-Woche auch ganz gut leben. Er hat auch gar keine Wahl. Seit der Kündigungsschutz auch in großen Betrieben gelockert wurde, mag man es sich mit den Bossen nicht mehr verscherzen.

Wer will sich schon einreihen in das Heer von acht Millionen Arbeitslosen?

Aber den Feiertagszuschlag für den Dienst an Pfingsten vermisst er schon.

Was soll's: In 23 Jahren hat Herr S. es hinter sich. So üppig wird die Rente zwar nicht ausfallen, wenn das mit den Nullrunden so weitergeht. Doch wer weiß: Vielleicht bringt ihn das Rauchen vorher um. Obwohl er weniger qualmt, seit die Schachtel neun Euro kostet. Aber heute, auf den letzten Metern zum Büro, steckt Günther S. sich trotzdem eine an.

»Mit der 45-Stunden-Woche kann man leben. Man hat ja auch keine Wahl..«

Quelle: <http://hummel-hummel.blog.de/2010/09/11/duestere-aussichten-episode-jahre-9359360/>

